

# Antrag

## der AfD-Fraktion

### Kein „Südbonus“ beim Bau von Gaskraftwerken

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Um die Stromversorgung der volatilen Erneuerbaren abzusichern, wurde mit der Kraftwerksstrategie der Rahmen für Investitionen in flexible Kraftwerke geschaffen. Für die erste Ausschreibungsrunde hat Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) klargestellt, dass der sogenannte Südbonus bei der Vergabe und beim Bau der Gaskraftwerke Anwendung finden soll. Das heißt: Zwei Drittel der neuen Werke sollen im Süden entstehen, der Norden und der Osten (einschließlich ostdeutscher Länder wie Sachsen) wären dadurch deutlich benachteiligt.

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Vergabe neuer Kraftwerksstandorte ausschließlich nach wirtschaftlichen, technischen und netzlogistischen Kriterien anstelle starrer Regionalquoten wie dem „Südbonus“ einzusetzen.

#### **Begründung:**

Der Südbonus ist eine geplante politische Regelung, die vorsieht, dass neue Gaskraftwerke – sogenannte Sicherheitskraftwerke für die Energiewende – vorrangig im „netztechnischen Süden“ Deutschlands entstehen sollen. Diese sollen einspringen, wenn Wind und Sonne keinen oder nicht genug Strom liefern. Bundeswirtschaftsministerin Reiche zufolge besteht der Hauptgrund darin, dass es in Süddeutschland besonders viele große Industriezentren und Ballungsräume gibt, die besonders auf eine sichere Stromversorgung angewiesen seien.

Gaskraftwerke bieten Chancen für alle Regionen Deutschlands. Sie schaffen neue industrielle Arbeitsplätze und stellen damit einen besonders wichtigen Ersatz für Jobs dar, die durch den Kohleausstieg wegfallen. Darüber hinaus bedeuten neue Gaskraftwerke zusätzliche Steuereinnahmen für die Kommunen und schaffen wertvolle Standortvorteile für die lokale Wirtschaft. Insbesondere für Regionen wie die Lausitz wäre der Bau solcher Anlagen ein wesentlicher Baustein im Strukturwandel nach der Kohle: Sie sichern Wertschöpfung, fördern Zukunftsinvestitionen und tragen dazu bei, industrielle Entwicklung in der Region zu

halten. Eine einseitige Bevorzugung süddeutscher Standorte gefährdet hingegen diesen fairen Wandel und verstetigt bestehende wirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Ost und West.

Ein zentrales Kriterium für eine nachhaltige Energiepolitik ist die dezentrale und netzdienliche Verteilung neuer Kraftwerksstandorte. Werden neue Kapazitäten sinnvoll im Netz verteilt, entstehen weniger Kosten für den weiteren Ausbau von Übertragungsleitungen oder teure Eingriffe ins Stromnetz (sogenannte Redispatch-Maßnahmen). Davon profitiert das gesamte Bundesgebiet – sowohl finanziell als auch hinsichtlich der Versorgungssicherheit. Gerade die bestehenden sächsischen Kraftwerksstandorte bieten hier signifikante Vorteile: Sie verfügen bereits heute über eine leistungsfähige Anbindung an das deutsche Übertragungsnetz. Das ermöglicht schnelle Umrüstungen und die effiziente Nutzung vorhandener technischer Infrastruktur – im Vergleich zu kompletten Neubauten ein erheblicher wirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Vorteil. Zudem hat Sachsen ein dichtes, gut ausgebautes Erdgasnetz, das für den Betrieb genutzt werden kann.

Nicht zuletzt stärkt eine intelligente, dezentrale Verteilung von Kraftwerken die Resilienz des gesamten Energiesystems. Gerade in Krisenlagen, beispielsweise beim sogenannten „Schwarzfall“ (Blackout), ermöglicht ein weit über das Land verteiltes Netz von schwarzstartfähigen Kraftwerken einen schnellen und zuverlässigen Neustart der Stromversorgung – und trägt so zentral zur Versorgungssicherheit aller bei.

Dresden, 01.09.2025

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion  
i.V. Jan-Oliver Zwerg,  
MdL und AfD-Fraktion



Unterschrieben von  
JAN-OLIVER ALDO ZWERG  
am 01.09.2025